
Richard Stöss

Die extreme Rechte und ihr gesellschaftlicher Rückhalt



Dr. Richard Stöss, geb. 1944, Studium der Politischen Wissenschaften in Berlin, ist Privatdozent am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin und Geschäftsführer des Otto-Stammer-Zentrums für Empirische Politische Soziologie. Er beschäftigt sich vor allem mit der Erforschung von Parteien, Wahlen und Rechtsextremismus.

Zur gegenwärtigen Situation des Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Vor über 30 Jahren vertraten Erwin K. Scheuch und Hans-Dieter Klingemann sogar die These, dass es sich dabei um eine „normale Pathologie“ (Krankheitserscheinung) freiheitlicher Industriegesellschaften handele. Rechtsextremismus ist jedenfalls keine politische Randerscheinung, wie der Begriff suggeriert, sondern ein Produkt des sozialen, ökonomischen und politischen Wandels, das die Gesellschaft insgesamt prägt. Plakativ lässt sich Rechtsextremismus als Reaktion auf Modernisierung und Globalisierung charakterisieren. Dies gilt auch für die Situation in den neuen Bundesländern, die allerdings zusätzlich durch den Systemwechsel vom Staatssozialismus zu Demokratie und Marktwirtschaft geprägt und mithin besonders tiefgreifenden Umbruchprozessen ausgesetzt sind.

Dass Rechtsextremismus ein gesamtgesellschaftliches Phänomen darstellt, ist schon deshalb keine banale Feststellung, weil er oft auf rassistische Gewalt oder auf neonazistische Organisationen verkürzt wird. Ein Beispiel dafür erleben wir gerade bei der Diskussion über ein NPD-Verbot. Selbst wenn man Parteiverbote als angemessenes Instrument zum Schutz der Demokratie gegen ihre Feinde für gerechtfertigt hält (was unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten keineswegs unproblematisch ist), können derartige Verbote nur ein kleiner Teil eines umfassenden Maßnahmenkatalogs sein, der sich auf die gesamte Breite des latenten und manifesten Rechtsextremismus beziehen muss.

Betrachtet man das aktuelle Erscheinungsbild der extremen Rechten in der Bundesrepublik, dann dominieren auf den ersten Blick die drei Parteien DVU, NPD und Republikaner. Mit

zusammen etwa 37.000 Mitgliedern organisierten sie 1999 72 Prozent der amtlich erfassten Rechtsextremisten. Bei der Bundestagswahl 1998 mobilisierten sie insgesamt über 1,6 Millionen Wähler, was einen Zweitstimmenanteil von 3,3 Prozent ausmachte. In den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin-Ost) betrug der Anteil sogar 5,0 Prozent. Der Organisationsgrad der drei Parteien stagniert im übrigen, und die Wahlergebnisse unterliegen starken Schwankungen: Bei der Europawahl 1989 (die nur in Westdeutschland stattfand) brachten es die Rechtsextremisten auf 2,5 Millionen Stimmen, zehn Jahre später waren es nur knapp 600.000, obwohl sich an der Europawahl 1999 nun auch die Ostdeutschen beteiligen konnten. In diesem Zusammenhang sei noch angemerkt, dass DVU, NPD und Republikaner nach Recherchen der „Frankfurter Rundschau“ (v. 5.8.2000) in den vergangenen zehn Jahren staatliche Zuschüsse von insgesamt 71,5 Millionen DM erhalten haben.

Neben den genannten Parteien bestehen weiterhin rechtsextreme Vereine und Verbände, die sich speziellen sozialen Gruppen (z.B. Jugendlichen, Vertriebenen) oder Tätigkeitsfeldern (Gefangenenbetreuung, Rechtshilfe) widmen, sowie (teilweise finanzkräftige) Medien, Verlage und Vertriebsdienste. Sie alle leisten wichtige Vorfelddarbeit, gerade auch bei der Produktion und Verbreitung von rechtsextremer Ideologie. Dazu zählt nicht zuletzt der „Geschichtsrevisionismus“, also die Verharmlosung und Entlastung der Vergangenheit, vor allem die Rehabilitierung des Nationalsozialismus.

Schließlich ist auf den Neonazismus zu verweisen, der sich von den zuvor genannten Bereichen weniger durch ideologisch-programmatische, sondern primär durch organisatorische und methodisch-strategische Faktoren unterscheidet. Daher bestehen mancherlei Querverbindungen zwischen den Parteien, den Vorfelddorganisationen und den Neonazis. Diese organisieren sich zum Schutz gegen Verbote (seit 1992 sind 17 neonazistische Vereinigungen verboten worden) in kleinen Kadergruppen, „freien“ oder „unabhängigen“ Kameradschaften. Wurden 1998 amtlicherseits noch 80 derartiger Personenzusammenschlüsse gezählt, so waren es ein Jahr später bereits 150. Sie sind teilweise gut mit den rechtsextremen Subkulturen (v.a. Skinheads, lokale Jugendcliquen) vernetzt und üben nicht selten die Funktion eines Scharniers zwischen den Parteien, insbesondere der NPD, und diesen Subkulturen aus. Der neonazistisch beeinflusste, subkulturelle Bereich des Rechtsextremismus zeichnet sich durch enorme Aggressivität aus, die durch die Skinhead-Musik bedient oder sogar noch gefördert wird. Die zumeist rassistischen Gewalttaten erfolgen in der Regel spontan und unter Alkoholeinfluss. Vorab geplante und zielgerichtete Aktionen bilden die Ausnahme.

Das genaue Ausmaß der Gewalt ist unbekannt. Unstrittig ist, dass die Gewaltbereitschaft zunimmt und dass die Szene wachsenden Zulauf verzeichnet. Nach Angaben des Bundeskriminalamts wurden 1999 über 10.000 Straftaten mit erwiesenem oder vermutetem rechtsextremistischem Hintergrund verübt, davon 746 Gewalttaten, wie (versuchte) Tötungen, Körperverletzungen, Brandstiftungen, Sprengstoffanschläge oder Landfriedensbrüche. Dass die amtlichen Angaben der Realität entsprechen, muss allerdings bezweifelt werden. Das gilt nicht nur für die sonstigen Straftaten, von denen nur ein Teil zur Anzeige gebracht werden dürfte. Dies gilt auch für die Gewalttaten. So sind nach offiziellen Angaben seit der deutschen Einheit 23 Personen bei rechten Angriffen ums Leben gekommen. Recherchen der „Frankfurter Rundschau“ und des Berliner „Tagesspiegel“ (14.9.2000) ergaben dagegen 93 Todesopfer. Nach Auffassung des Kriminologen Christian Pfeiffer hat die rechte Gewalt „insgesamt eine ganz andere Dimension, als bisher angenommen“ (Der Tagesspiegel v. 17.9.2000).

West-Ost-Unterschiede¹

Kennzeichen des Rechtsextremismus in Westdeutschland ist zunächst Organisation, genauer: Organisationsvielfalt. Diese Vielfalt beruht in erster Linie auf unterschiedlichen ideologischen und politischen Sichtweisen, womit eine weitere Besonderheit des westdeutschen Rechtsextremismus benannt ist: Andauernde Geschichts-, Theorie- und Strategiedebatten, die elitär und verbissen in einer Vielzahl von Zeitungen, Zeitschriften, Zirkularen, Broschüren, Büchern und seit einiger Zeit auch im Internet geführt werden. Dabei herrscht auch heute noch eine außergewöhnliche Fixierung auf die deutsche Geschichte vor. Daraus ergibt sich als drittes Merkmal Zersplitterung und Rivalität. Die Parteien, insbesondere ihre Führer, wetteifern um Macht und Einfluss innerhalb des rechtsextremen Lagers, und sie konkurrieren gegeneinander um Wählerstimmen.

Kennzeichnend für den Rechtsextremismus in Ostdeutschland ist subkultureller Protest. Das Fundament des ostdeutschen Rechtsextremismus wurde in der DDR gelegt. Der Staatssozialismus beförderte die Entstehung autoritärer, nationalistischer und fremdenfeindlicher Orientierungen und war zugleich blind gegenüber rechtsextremen Ereignissen im eigenen Land. Als vermeintlich von Geburt an antifaschistischer Staat geißelte die DDR den Neofaschismus in Westdeutschland als genuinen Bestandteil des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“, übersah dabei allerdings, dass sich im Zuge des sozialen Wandels und mit wachsenden Legitimationsdefiziten der SED-Herrschaft auch in ihrem „antifaschistischen Deutschland“ rechtsgerichtete Protesthaltungen entwickelten und zu subkulturellen Milieus verdichteten. Da öffentlicher Protest in einem Polizeistaat große Risikobereitschaft voraussetzt, zeichneten sich die Fußballfans und Skinheads in der DDR durch enorme Gewalttätigkeit und Brutalität aus. Der Rechtsextremismus der DDR bildete eine spezielle Variante der Opposition gegen das staatssozialistische System, der es jedoch nicht um demokratische Reformen ging und die daher auch kein Programm benötigte. Ihre hervorstechenden Merkmale waren Enttäuschung, Negation, Hass und Ausbruch.

Mit dem Fall der Mauer schwoll der Jugendprotest an und die Milieus breiteten sich weiter aus. Der Zusammenbruch der alten Ordnung bedeutete schließlich eine starke psychische Belastung für die Ostdeutschen. Er wurde oft als Verlust von Sicherheit und Geborgenheit, als Entwertung von Qualifikationen und Lebensleistungen, als Identitätskrise erfahren. Die ökonomisch-sozialen Folgen des Systemwechsels, der Niedergang der DDR-Wirtschaft, die Massenarbeitslosigkeit und die enttäuschten Hoffnungen auf eine rasche Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen potenzierten den Druck auf die Menschen. Das Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung, nach Stabilität und Berechenbarkeit, nach Fürsorge und sozialer Gerechtigkeit breitete sich aus und verstärkte autoritäre und fremdenfeindliche Einstellungen. Und dies insbesondere bei jungen Leuten, die nicht fest in das DDR-System sozialisiert waren und große Probleme damit haben, sich in die neue Gesellschaft zu integrieren, die - aus der Perspektive ihrer individuellen Sozialisation - vom Regen in die Traufe gerieten.

So erhielten die bestehenden Subkulturen seit 1990 massenhaften Zulauf. In Ostdeutschland entstand ein Flickenteppich aus Szenen, Gruppen und Cliques. Zwischen 1991 und 1994 erlebte die Bundesrepublik insgesamt ein Anschwellen der rassistischen Gewalt in einem bis dahin unvorstellbaren Ausmaß, wobei knapp die Hälfte der Gewalttaten in Ostdeutschland verübt wurde. Nicht selten fanden die teilweise pogromartigen Aktionen gegen Ausländer und Asylbewerber den Beifall von Anwohnern oder Passanten. Die rassistische Gewalt ging

¹ Vgl. Richard Stöss, *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Neuauflage 2000.

und geht also keineswegs allein auf das Konto isolierter Randgruppen. Ignoranz, Toleranz und die Unfähigkeit zu angemessenen Reaktionen sind in der Bevölkerung und bei Politikern, Lehrern, Sozialarbeitern und Journalisten offenbar ziemlich verbreitet. Jedenfalls sind die gewaltbereiten Subkulturen in ein latent rechtsextremales Umfeld eingelagert. Der Rechtsextremismus im Osten lässt sich mithin nicht auf ein Jugendproblem reduzieren.

Ein Charakteristikum des ostdeutschen Rechtsextremismus sind die sogenannten „befreiten Zonen“. Dabei handelt es sich um eine Strategie zur Erringung bzw. Bewahrung von örtlich begrenzter Gegenmacht, wobei die Orte in Jugendklubs, Plätzen oder gar Gemeinden bestehen können. Sie will der dominanten Kultur Freiräume abtrotzen, die von den Rechtsextremisten kontrolliert werden, wo sie die Macht selbst ausüben, Abweichler und Feinde bestrafen, aber auch unterdrückte, ausgegrenzte und verfolgte Mitbürger unterstützen. Inwieweit derartige gegenkulturelle Bestrebungen in den neuen Ländern erfolgreich realisiert werden konnten, ist umstritten. Dennoch besteht in bestimmten Regionen Ostdeutschlands eine erhebliche Neigung, derartige Gegenkulturen hinzunehmen oder sie sogar zu unterstützen.

Die weithin von Skinheads und deren Sympathisanten geprägten Subkulturen sind allerdings nicht fest strukturiert. Sie bestehen zumeist aus labilen Gruppen mit großer Fluktuation. Ihre Mitglieder verfügen nur ausnahmsweise über ein festgefügtes rechtsextremales Weltbild. Sie sind selten politisch interessiert und neigen kaum zu verbindlicher Mitarbeit in Organisationen oder Parteien. Der genuine Ost-Rechtsextremismus kann als ideologisch gering fundiert, schwach organisiert, spontan und besonders aggressiv charakterisiert werden. Er ist überwiegend subkulturell und bewegungsförmig orientiert. Dadurch unterscheidet er sich vom Rechtsextremismus im Westen, der traditionell auf Organisation setzt. Rechtsextremistische Skinheads, Hooligans und Gewalttäter gibt es auch im Westen, aber sie prägen dort das rechtsextremales Lager nicht. Und auch in den neuen Bundesländern existieren politische Parteien, die bei Wahlen sogar erfolgreicher sind als ihre Kameraden im Westen. Die Institutionalisierung des Ost-Rechtsextremismus hat in den vergangenen Jahren zweifellos zugenommen. Gleichwohl dominieren in den neuen Ländern die rechtsextremales Szenen, Milieus und Subkulturen. Erfolgreiche Organisationsarbeit von Parteien ist (jedenfalls gegenwärtig) nur in enger Vernetzung mit ihnen möglich, wie der Aufschwung der NPD in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre beweist.

Rechtsextremales Einstellungen

Am Beispiel des Wahlverhaltens und der subkulturellen Milieus bzw. „befreiten Zonen“ ist deutlich geworden, dass sowohl der organisierte als auch der schwach institutionalisierte oder spontane Rechtsextremismus in ein breites gesellschaftliches Umfeld eingebettet ist, das mit den Aktivisten sympathisiert oder sie wenigstens gewähren lässt. Dieser latente Rechtsextremismus basiert auf einem breiten rechtsextremales Einstellungspotenzial in der Bevölkerung.

Daher ist es notwendig, zwischen rechtsextremales Einstellungen und rechtsextremales Verhalten zu unterscheiden. Einstellungen sind in der Regel dem Verhalten vorgelagert. Sie schlagen sich aber nicht zwangsläufig in konkreter Praxis nieder. Das gilt nicht nur für den Rechtsextremismus sondern generell: Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung ist politisch aktiv, und daher ist das rechtsextremales Einstellungspotenzial wesentlich größer als das Verhaltenspotenzial. Rechtsextremales Einstellungen bilden den Boden, auf dem manifeste

Rechtsextremismus gedeiht. Daher darf sich die Bekämpfung des Rechtsextremismus auch nicht auf entsprechendes Verhalten und schon gar nicht auf einzelne Organisationen beschränken.

Rechtsextreme Einstellungen bilden ein Muster, das sich aus folgenden Bestandteilen zusammensetzt:

- Autoritarismus ist - vereinfacht ausgedrückt - die Bereitschaft zur freiwilligen Unterwerfung unter Stärkere bzw. unter nicht legitimierte Herrschaft und die Neigung zur Beherrschung Schwächerer.
- Nationalismus erklärt die Wahrung und Stärkung der eigenen Nation zum obersten Prinzip menschlichen Denkens und Handelns und wertet andere Nationen ab.
- Fremdenfeindlichkeit (oder auch Ethnozentrismus) bewertet die Eigenschaften der eigenen Volksgruppe besonders hoch und neigt dazu, fremde Volksgruppen zu benachteiligen oder gar auszugrenzen.

Dabei werden drei Varianten unterschieden:

- Ethnisch motivierte Fremdenfeindlichkeit diskriminiert fremde Volksgruppen, ohne ihre Eigenschaften grundsätzlich abzuwerten.
- Sozioökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit (oder auch Wohlstandschauvinismus) diskriminiert die Mitglieder fremder Volksgruppen im eigenen Land nicht prinzipiell, will ihnen aber die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand verwehren.
- Rassistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit übersteigert die Eigenschaften der eigenen Volksgruppe und disqualifiziert die Eigenschaften fremder Volksgruppen als minderwertig.

Unter Antisemitismus versteht man die Feindschaft gegenüber Juden, die als minderwertig und gefährlich angesehen werden.

Pronazismus zielt darauf ab, den Nationalsozialismus zu verharmlosen oder sogar zu rechtfertigen.

Aus diesem Einstellungsmuster haben wir eine Skala zur Messung rechtsextremer Einstellungen gebildet. Nach dieser Messung² betrug das rechtsextreme Einstellungspotenzial 1998 bundesweit 13 Prozent, in Westdeutschland waren es 12, in Ostdeutschland 17 Prozent. In den neuen Bundesländern waren rechtsextreme Orientierungen vor zwei Jahren also anderthalbmal so weit verbreitet wie in den alten Ländern. Der Vorsprung der ostdeutschen Bevölkerung beruhte darauf, dass fremdenfeindliche und wohlstandschauvinistische Einstellungen eine wesentlich größere Akzeptanz fanden als im Westen (Tab. 1). Dies galt auch für Autoritarismus und bestätigt die These, dass der Rechtsextremismus in Ostdeutschland nicht nur eine Begleiterscheinung des Systemwechsels, sondern durchaus auch eine Folgewirkung des DDR-Systems darstellt.

2 Richard Stöss/Oskar Niedermayer, Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotential rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998, Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums Nr. 1; Freie Universität Berlin, Berlin 1998. Die Studie wurde durch die Deutsche Paul Lazarsfeld-Gesellschaft und die Freie Universität Berlin finanziert. Datenerhebung: Forsa; Zeitraum: Mai/Juni 1998; Befragte: 3764 ab 14 Jahre (West: 2004, Ost: 1760), davon 3186 Wahlberechtigte ab 18 Jahre (West: 1874, Ost: 1312), alle Angaben über Gesamtdeutschland sind dem West-Ost-Anteil entsprechend gewichtet.

Tabelle 1: Das rechtsextreme Einstellungspotenzial und seine Bestandteile in der Bundesrepublik, in West- und Ostdeutschland, Mai/Juni 1998 (%)

	BRD	West	Ost
Autoritarismus	11	10	16
Nationalismus	13	13	13
Fremdenfeindlichkeit	15	14	20
Wohlstandschauvinismus	26	23	39
Pronazistische Einstellungen	6	6	5
Antisemitismus	6	6	5
Rechtsextremismus	13	12	17

Die Analyse der sozialstrukturellen Merkmale ergab folgende Befunde:

Frauen waren für rechtsextreme Einstellungen genauso anfällig wie Männer. Bundesweit neigten jüngere Leute weniger, ältere Personen stärker zu rechtsextremen Einstellungen. In unserer Untersuchung lag die Schnittstelle bei 45 Jahren. Der Ost-West-Vergleich förderte allerdings einen bedeutsamen Unterschied zutage: Während im Osten die unteren Altersgruppen stärker belastet waren als die oberen, war im Westen umgekehrt die Generation der über 55jährigen wesentlich extremistischer eingestellt als die Generation der 14-44jährigen (Tab. 2). Unter den Berufsgruppen ragten die Arbeiter besonders hervor, im Osten auch die Arbeitslosen (Tab. 3). Je geringer das Haushaltseinkommen, desto größer war die Ausprägung von rechtsextremen Einstellungen.

Tabelle 2: Der Anteil des rechtsextremen Einstellungspotenzials an den Altersgruppen in der Bundesrepublik sowie in West- und Ostdeutschland im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt, Mai/Juni 1998 (%)

	BRD	West	Ost
14-17	8	5	17
18-24	8	6	15
25-34	10	8	20
35-44	9	7	15
45-54	14	14	14
55-64	15	15	17
65-74	21	20	25
75-	22	23	16
Insgesamt	13	12	17

Tabelle 3: Der Anteil des rechtsextremen Einstellungspotenzials an den Berufs- bzw. Erwerbsgruppen in der Bundesrepublik sowie in West- und Ostdeutschland im Vergleich zur Bevölkerung insgesamt, Mai/Juni 1998 (%)

	BRD	West	Ost
Arbeitslose	14	7	22
Arbeiter	19	18	24
Angestellte	8	7	12
Beamte(a)	2	1	11
Selbständige	12	12	15
Nichterwerbspersonen	15	15	18
Insgesamt	13	12	17

a) Geringe Fallzahlen.

Geht man davon aus, dass das Bewusstsein jedes siebenten bis achten Bundesbürgers durch ein rechtsextremes Weltbild geprägt ist, dann existiert hierzulande ein erheblicher Bodensatz an latentem Rechtsextremismus. Dieser rekrutiert sich weithin (aber nicht ausschließlich) aus der „Unterschicht“, also aus Arbeitslosen, Arbeitern und einfachen Angestellten mit geringer Qualifikation und schwachem Einkommen. Diese Personen werden auch als „Modernisierungsverlierer“ bezeichnet. Dabei handelt es sich um ein soziales Segment, das mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen sehr unzufrieden ist und besonders pessimistisch in die Zukunft blickt. Technologische Modernisierung, Globalisierung und Multikulturalität werden als bedrohlich empfunden, und der rasche gesellschaftliche Wandel mit seinen Individualisierungs- und Marginalisierungstendenzen erzeugt das Bedürfnis nach Ruhe und Ordnung, nach einem starken Nationalstaat, der vermeintliche Bedrohungen von außen und im Inneren mit starker Hand bekämpft. In diesem Zusammenhang spielt die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit und Solidarität eine große Rolle. Rechtsextremismus wird mehr und mehr zu einer Angelegenheit der „kleinen Leute“, vor allem der Arbeiterschaft. So ist die Skinhead-Kultur proletarischen Ursprungs, und unter den Wählern rechtsextremer Parteien sind einfache und Facharbeiter besonders häufig vertreten. Und so erklärt es sich auch, dass Gewerkschaftsmitgliedschaft heute kein Bollwerk mehr gegen Rechtsextremismus bildet.